

Spillover-Effekte ergeben sich beispielsweise bei der expliziten Verknüpfung von Verträgen oder wenn Regimeänderungen zu Vertragskollisionen führen. Eine Verschachtelung von Regimen kann es leichter oder schwieriger machen, bestimmte Fragen (aus sachlogischen oder taktischen Gründen) zu verknüpfen oder Kompensationen zu arrangieren. Die Verknüpfung benachbarter Politikfelder kann beispielsweise den Interessenausgleich der Mitglieder erleichtern und einem neuen Regime mehr Stabilität verleihen, aber auch Konflikte aus anderen Regimen übertragen.<sup>114</sup> Ein Spillover kann somit die Regimeentwicklung einerseits durch neue Impulse dynamisieren, andererseits aber auch bremsen. Der Effekt ist umso stärker, je direkter die Verbindung zwischen den Regimen ist.

Da die Regimeforschung meist nur einzelne Politikfelder isoliert betrachtet, ist die Frage der Kompatibilität von Regimen kaum untersucht worden. Bernauer und Ruloff unterscheiden folgende Formen der Beziehungen zwischen internationalen Regimen: keine Berührungspunkte, kompatible Koexistenz, unproblematische Überlappung, gegenseitige Ergänzung, Interdependenzen, gegenseitige Stützung (Synergiewirkungen), virtuelle Verknüpfung aus politischen Gründen (Junktim) sowie Widersprüche wegen Inkonsistenzen, Inkompatibilitäten und/oder Überlappungen.<sup>115</sup> Bei Kompatibilitätskonflikten zwischen Regimen sind folgende Regelungen denkbar: Lösung des konkreten Problems ohne Änderungen in den Regimen, Vereinbarung von Ausnahmen für die beteiligten Akteure, Anpassung eines Regimes, Harmonisierung von Regeln und Prozeduren beider Regime oder eine Fusion bzw. die Übernahme eines Regimes durch das andere.<sup>116</sup> Für die politische Bearbeitung von Kompatibilitätsproblemen sind die verfügbaren institutionellen Strukturen, Macht und Interessen der beteiligten Akteure

---

<sup>114</sup> Vgl. Haas 1980.

<sup>115</sup> Bernauer/Ruloff 1999, 32.

<sup>116</sup> *Ibid.*, 38.

<sup>117</sup> Bernauer/Ruloff haben (mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen Freihandel und Umweltschutz) die Tendenz festgestellt, dass Kompatibilitätsprobleme wahrscheinlicher im stärker institutionalisierten Regime (im europäischen Integrationsprozess i. d. R. die EU) politisch bearbeitet werden, und dass Akteure mit schwächeren Verhandlungspositionen (oft Kleinstaaten) einen grösseren Anreiz haben, formalisierte multilaterale Streitschlichtungsverfahren anzurufen, während grössere Staaten zu bilateralen Lösungsversuchen neigen, in denen sie ihre Macht besser ausspielen können. *Ibid.*, 65, 135.